



A 22127 C

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1987/88	175
Osthandel verliert erneut an Bedeutung	182

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/88

Berlin

31. März 1988

55. Jahrgang

S. Jäger

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1987/88

Die Berliner Wirtschaft befindet sich in einer Phase stark abgeschwächten Wachstums. Einer Schätzung des Statistischen Landesamtes zufolge war das reale Bruttoinlandsprodukt (ohne Verbrauchsteuern) 1987 um 1,3 vH höher als im Jahr zuvor. 1986 hatte die wirtschaftliche Leistung der Stadt noch um 2,2 vH zugenommen.

Im interregionalen Vergleich hat sich die Position Berlins verschlechtert. Nachdem die Wirtschaft der Stadt in der Aufschwungsphase weit überdurchschnittlich expandiert hatte, ist das Wachstum 1987 — wie schon im Jahr davor — geringer gewesen. In der gesamten Bundesrepublik ist das reale Bruttoinlandsprodukt 1987 um 1,8 vH gestiegen. Der Wachstumsrückstand ist zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückzuführen, daß die Berliner Industrie auf ausländischen Märkten Boden verloren hat. Die Warenlieferungen ins Ausland haben im vergangenen Jahr preisbereinigt um rund 6 vH abgenommen, während der Warenexport der Bundesrepublik insgesamt noch etwas gestiegen ist. Daß es sich dabei nicht um eine kurzfristige Sonderentwicklung handelt, wird daraus ersichtlich, daß sich die Ausfuhr Berlins bereits 1986 vergleichsweise ungünstig entwickelt hatte und sich die Exportschwäche nicht auf einzelne Länder oder Räume konzentrierte. Vielmehr scheint die Berliner Wirtschaft aufgrund ihres Warenangebots in besonderem Maße anfällig zu sein für Belastungen, die aus strukturellen Veränderungen auf dem Weltmarkt und aus der Aufwertung der D-Mark resultieren.

Wie schon im Jahr 1986 haben die privaten Dienstleistungen auch 1987 in entscheidendem Maße zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Allerdings hat sich auch der Dienstleistungssektor in Berlin schwächer entwickelt als im gesamten Bundesgebiet. Dies gilt sowohl für konsumorientierte als auch für produktions-

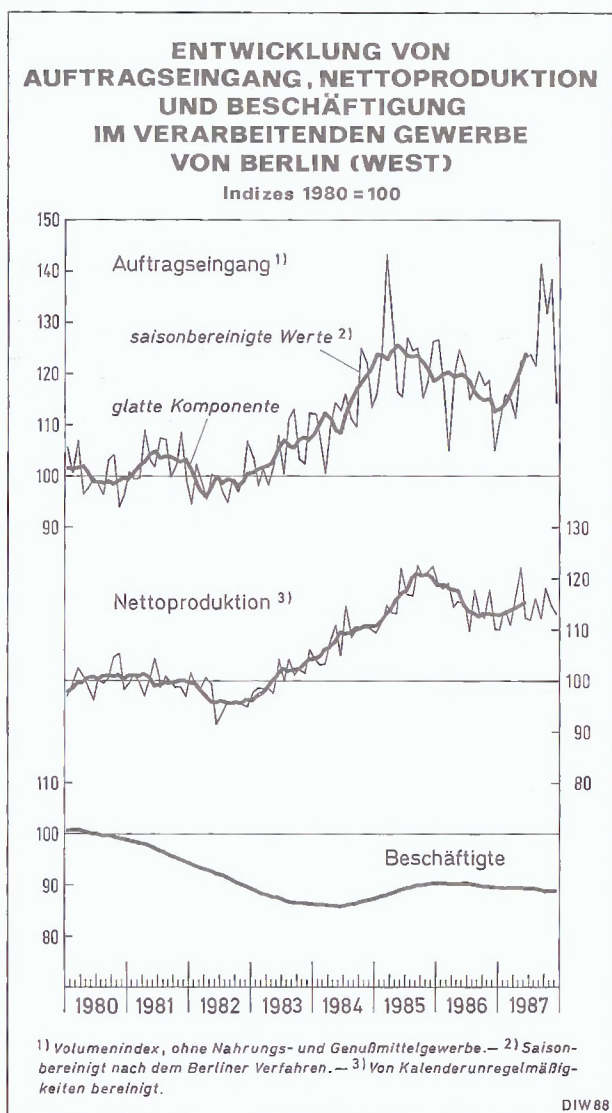
orientierte Dienstleistungen. Die produktionsorientierten Dienstleistungen haben in Berlin standortbedingt ohnehin ein deutlich geringeres Gewicht als in anderen Ballungsgebieten. Bei einigen hochwertigen und allgemein stark expandierenden Dienstleistungen — vor allem solchen, die mit der Entwicklung von Software zusammenhängen — holt Berlin indes seit Anfang der achtziger Jahre auf. Diese Bereiche sind auch 1987 vergleichsweise stark gewachsen.

Nachfrage nach Industrieerzeugnissen ohne Dynamik

Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe Berlins, die im Laufe des Jahres 1986 zurückgegangen war, hat sich 1987 nicht spürbar belebt. Im Durchschnitt des Jahres war sie sogar etwas geringer als 1986. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1 vH ab. In der Bundesrepublik insgesamt stagnierte die Industriebeschäftigung.

Zu der ungünstigen Entwicklung in der Berliner Industrie hat vor allem die erneute Produktionseinschränkung in der Elektrotechnik beigetragen. In der Nachrichtentechnik, der mit Abstand größten Sparte der Berliner Elektroindustrie, vollzieht sich gegenwärtig eine Umstellung auf die digitale Technik. Die Einbußen aufgrund der Stilllegung veralteter Produktlinien konnten bisher nicht durch verstärkte Fertigung moderner Erzeugnisse ausgeglichen werden. Eine vollständige Kompensation dürfte auch nicht möglich sein, da die neuen Produkte sehr viel weniger wertschöpfungs- und beschäftigungsintensiv sind als die alten.

Auch auf ausländischen Märkten hat die Berliner Elektroindustrie erhebliche Absatzschwierigkeiten. Die Ausfuhr ist im vergangenen Jahr um fast 10 vH zurückge-



gangen, während der Export elektrotechnischer Erzeugnisse aus der Bundesrepublik insgesamt noch leicht stieg. Der Anteil von Produkten, die aufgrund drastisch veränderter Wechselkursrelationen und der sich wandelnden internationalen Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind, ist in der Berliner Elektroindustrie vergleichsweise hoch. Dies gilt offenbar auch für den Maschinenbau. Der Auslandsumsatz ist hier um rund ein Fünftel und damit wesentlich stärker als im Bundesgebiet gesunken¹. Die rückläufige Produktion in der Investitionsgüterindustrie wirkte sich auch auf das Zulieferhandwerk aus. Dort geht die Beschäftigung bereits seit Ende 1986 zurück.

In der Berliner Chemieindustrie hat sich dagegen das seit längerem zu beobachtende kräftige Wachstum der Produktion fortgesetzt. Dabei ist auch die Zahl der Beschäftigten deutlich erhöht worden (2 vH). Diese Branche, die in der Stadt vor allem pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse herstellt, hat im vergangenen Jahr

sowohl ihren Inlands- als auch ihren Auslandsabsatz erheblich steigern können. Die Ausfuhr pharmazeutischer Erzeugnisse, die rund vier Fünftel des gesamten Chemieexports Berlins ausmacht, nahm um 9 vH zu. Entscheidend für diese günstige Entwicklung war, daß die Lieferungen nach Japan wiederum sehr stark — um rund zwei Drittel — expandierten. Dieser Markt ist inzwischen für die Ausfuhr pharmazeutischer Erzeugnisse Berlins nahezu ebenso wichtig wie der gesamte EG-Raum.

Die Erzeugung von Ernährungsgütern ist in Berlin im vergangenen Jahr ebenfalls stärker gewachsen als im Bundesgebiet. Dabei haben aber vor allem Bereiche mit sehr kapitalintensiven Produktionsverfahren expandiert, während arbeitsintensivere Sparten sich vergleichsweise ungünstig entwickelt haben. Dies erklärt, daß die Zahl der im Ernährungsgewerbe Beschäftigten in Berlin stärker abgenommen hat als im Bundesgebiet. Nach der Jahresmitte ist der Rückgang allerdings zum Stillstand gekommen.

Im zweiten Halbjahr 1987 sind die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe Berlins kräftig gestiegen. Besonders stark haben sich die Bestellungen aus dem Ausland erhöht; dies hat sich gegen Ende des Jahres in einer deutlichen Belebung des Exports niedergeschlagen². Bei einem Dollarkurs zwischen 1,60 und 1,70 DM und einem gegenüber 1987 abgeschwächten wirtschaftlichen Wachstum in den westlichen Industrieländern ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Warenausfuhr Berlins 1988 in gleichem Maße zunimmt wie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Einer Ausweitung des Inlandsabsatzes sind ebenfalls enge Grenzen gesetzt, vor allem im Bereich der Investitionsgüter. Dies folgt aus der Erwartung, daß die realen Ausrüstungsinvestitionen in der Bundesrepublik 1988 nur schwach — um 2,5 vH³ — zunehmen werden.

Insgesamt wird die Produktion der Berliner Industrie im laufenden Jahr nicht wesentlich über das 1987 erreichte Niveau hinausgehen. Die Zahl der Beschäftigten dürfte um etwa 0,5 vH auf knapp 162 000 sinken.

¹ Anders als im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik spielen im Berliner Maschinenbau firmeninterne Lieferungen, die seit 1985 nicht mehr statistisch erfaßt werden, keine große Rolle. Daher kann in dieser Branche der Umsatz als Indikator für den gesamten Warenabsatz herangezogen werden. Die Ausfuhrstatistik für Berlin weist für 1987 keinen Rückgang des Exports von Maschinenbauerzeugnissen aus. Der Widerspruch zur Statistik im verarbeitenden Gewerbe ist auf unterschiedliche Zuordnungen von Gütern zurückzuführen. Vor dem Hintergrund der übrigen Daten über den Berliner Maschinenbau sind die Angaben zum Auslandsumsatz zumindest der Tendenz nach plausibler als die Daten der Ausfuhrstatistik.

² Auf der Basis des Auftragseingangs allein kann freilich die Nachfrageentwicklung nicht zuverlässig eingeschätzt werden, da firmeninterne Aufträge, die für die Berliner Industrie von erheblicher Bedeutung sind, in der Statistik seit einigen Jahren nicht mehr erfaßt werden.

³ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1988. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1988.

**Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes in Berlin
und in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾**
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾		Chemie		Maschinenbau		Straßenfahrzeuge		Elektrotechnik		Büromasch., EDV		Ernährung		Tabak	
	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik	Berlin	Bundesrepublik
Auftragseingang³⁾																
1986	-4,5	-0,1	13,1	-1,5	-0,5	-2,6	-5,3	0,7	1,0	3,0	-23,3	-0,8	.	.	.	.
1. Vj.	-7,1	-1,5	-2,3	-4,1	8,9	-2,4	-7,6	-3,6	1,8	2,3	-28,9	2,8	.	.	.	.
2. Vj.	1,3	2,6	23,6	-1,1	-3,7	3,6	11,8	6,1	2,5	6,7	-2,9	2,8	.	.	.	.
3. Vj.	-6,6	-0,6	15,6	0,4	-7,0	-5,6	-28,9	0,5	-7,9	-0,2	-17,4	2,0	.	.	.	.
4. Vj.	-5,1	-2,2	16,6	-0,6	0,4	-7,6	10,0	0,3	8,0	-2,4	-36,8	-9,5	.	.	.	.
1987	4,3	0	12,0	3,7	-2,3	-4,6	-5,3	-1,1	7,0	-1,5	6,0	8,0	.	.	.	.
1. Vj.	-2,0	-1,8	23,9	2,5	-3,2	-8,6	-9,3	-2,7	-4,4	-2,8	-26,0	-6,1	.	.	.	.
2. Vj.	-2,9	-4,1	-11,9	1,3	-5,3	-12,9	-14,2	-4,4	6,7	-7,4	-10,4	2,7	.	.	.	.
3. Vj.	10,7	2,6	23,5	4,2	4,6	0,9	1,6	1,1	17,4	4,2	14,7	20,1	.	.	.	.
4. Vj.	11,8	3,6	15,5	6,8	-4,6	3,7	3,5	1,9	9,2	0,2	54,7	17,1	.	.	.	.
Nettoproduktion⁴⁾																
1986	-1,7	2,5	3,4	-0,9	3,5	5,2	-2,3	5,1	-4,6	5,0	-21,0	3,5	0,6	1,8	3,9	0,2
1. Vj.	5,4	2,2	2,5	-0,2	0,7	6,0	-7,3	1,4	0,9	4,7	69,6	16,5	10,4	1,1	6,2	-3,2
2. Vj.	-0,8	4,9	-4,2	-0,7	11,8	11,1	9,7	11,0	-0,4	5,6	9,9	15,5	-10,6	1,4	-1,1	-0,8
3. Vj.	-4,5	1,8	7,4	-2,6	-6,9	3,9	-19,5	3,9	-10,8	4,0	-27,5	1,0	-1,8	2,4	8,9	6,5
4. Vj.	-6,1	0,9	8,9	-0,2	8,7	0,8	8,9	4,2	-8,0	5,2	-57,1	-11,6	4,3	2,1	1,9	-1,7
1987	-0,8	0,1	9,3	2,5	-5,7	-3,1	10,2	2,1	-5,5	-0,2	-16,2	2,7	3,6	0,4	-0,5	-4,3
1. Vj.	-6,3	0,4	5,7	-1,7	2,3	-1,7	4,7	5,1	-10,9	2,9	-46,5	-5,6	-7,2	1,8	-3,2	-3,8
2. Vj.	1,8	-1,4	14,6	1,0	-6,8	-3,5	17,5	-0,2	-2,1	-0,2	-33,8	-4,1	10,3	-0,2	3,8	-4,7
3. Vj.	-0,6	-0,1	8,0	5,2	-8,8	-7,0	17,1	2,0	-4,9	-1,1	-18,7	7,5	9,0	0,9	-3,2	-9,5
4. Vj.	1,7	1,5	8,9	5,5	-8,5	-0,1	1,6	1,3	-3,9	-1,8	40,5	11,8	4,4	-0,8	0,6	1,4
Beschäftigte⁵⁾																
1986	1,1	1,8	3,0	1,8	0,8	4,0	2,3	3,8	1,8	4,0	4,6	8,7	-3,2	-0,2	1,8	-4,6
1. Vj.	2,9	2,1	3,4	2,2	2,2	4,8	2,3	3,3	5,3	5,1	7,7	9,1	-3,7	-1,1	3,7	-6,3
2. Vj.	1,7	2,1	2,8	1,8	1,6	4,8	3,0	4,1	2,6	4,4	7,1	9,5	-3,3	-0,3	2,1	-4,6
3. Vj.	0,4	1,8	2,8	1,6	0,9	3,8	3,0	4,2	0,1	3,6	4,3	8,6	-2,5	-0,1	2,0	-2,6
4. Vj.	-0,5	1,3	2,9	1,3	-1,3	2,8	1,0	3,5	-0,7	3,0	-0,2	7,8	-3,4	-0,1	-0,3	-4,9
1987	-1,0	-0,1	2,0	0,4	-2,9	0,4	1,5	1,7	-2,4	0,9	-3,8	0,8	-1,4	-0,1	-0,3	-4,6
1. Vj.	-1,1	0,7	2,8	0,8	-1,6	1,9	1,3	3,0	-2,4	2,2	0,6	5,2	-4,8	0,1	-1,5	-4,8
2. Vj.	-0,9	0,1	2,1	0,7	-2,8	0,6	1,7	2,0	-2,3	1,1	-2,2	2,5	-1,5	-0,1	-0,7	-4,5
3. Vj.	-0,9	-0,4	1,5	0,3	-3,5	-0,2	1,1	1,1	-2,0	0,4	-7,0	-0,6	-0,3	-0,3	0,0	-5,3
4. Vj.	-1,0	-0,6	1,6	0,1	-3,8	-0,6	1,9	0,8	-2,8	-0,1	-6,7	-3,6	1,0	-0,0	1,1	-3,8
1988	-0,5	-1	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

¹ Einschließlich Berlin. — ² Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. — ³ Preisbereinigt. Der Auftragseingang für Berlin enthält nur Aufträge von Fremdfirmen. Unternehmensinterne Aufträge, die vor allem in der Elektroindustrie und im Straßenfahrzeugbau eine Rolle spielen, werden seit 1985 nicht mehr erfaßt. — ⁴ Arbeitstägig. — ⁵ Nach fachlichen Betriebsteilen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

Innerstädtische Nachfrage

Anhaltend kräftige Expansion des privaten Verbrauchs

Die Ausgaben der privaten Haushalte in Berlin haben 1987 um knapp 4 vH und damit kaum schwächer zugenommen als im Jahr davor. Bei nur wenig gestiegener Beschäftigung und geringerer Erhöhung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer ist die unverminderte Ausweitung der Konsumausgaben vor allem auf die Anhebung wichtiger Transfereinkommen sowie auf eine rückläufige Sparneigung zurückzuführen.

Die Verbraucherpreise sind 1987 — in erster Linie als Folge der Verbilligung von Energie und Nahrungsmitteln — lediglich um 0,3 vH gestiegen; 1986 hatte die Teuerungsrate noch 0,7 vH betragen. Zu Preisen von 1980 gerechnet expandierte der private Verbrauch 1987 um gut 3 vH.

Von der lebhaften Konsumgüternachfrage profitierten in der Stadt vor allem Dienstleistungsunternehmen. Die reale Wertschöpfung des Berliner Handels stieg dagegen mit 1 vH vergleichsweise wenig. Wenn die Zahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich nach jahrelanger Schrumpfung dennoch — um 0,4 vH — zugenommen hat, so ist dies hauptsächlich auf die steigende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen.

In diesem Jahr wird die Kaufkraft der privaten Haushalte — bei weitgehend stabilem Preisniveau und gestärkt durch steuerliche Entlastungen — erneut deutlich zunehmen. In Anbetracht der kaum noch steigenden Beschäftigung ist allerdings nicht mit einer Beschleunigung des Wachstumstempos beim privaten Verbrauch zu rechnen.

Personalbestand im öffentlichen Sektor unverändert

Der Staatsverbrauch, das sind die Personal- und Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger, hat in Berlin im vergangenen Jahr um gut 4 vH — preisbereinigt um 1,5 vH — zugenommen. Dabei sind die Sachausgaben der Sozialversicherungen aufgrund erhöhter Aufwendungen im Gesundheitswesen überdurchschnittlich, die der Gebietskörperschaften dagegen deutlich unterdurchschnittlich gestiegen. Die Personalausgaben haben sich ähnlich entwickelt wie der Staatsverbrauch insgesamt.

Bei den Gebietskörperschaften (Landes- und Bundesbehörden) waren 1987 gut 186 000 Personen beschäftigt — kaum mehr als im Jahr davor. Gestiegen ist dabei ausschließlich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten. Im Bereich der Sozialversicherungsträger, die ihren Personalstand in den Jahren 1985/86 deutlich aufgestockt hatten, hat die Zahl der Beschäftigten ebenfalls nur geringfügig zugenommen. Anders als im Bundesgebiet, wo der Staat seinen Personalbestand um gut 1 vH erhöhte, hat mithin

der öffentliche Sektor in Berlin im vergangenen Jahr nicht zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen.

Im laufenden Jahr ist wiederum nicht mit einer spürbaren Erhöhung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst Berlins zu rechnen. Spielraum besteht wohl im wesentlichen nur insofern, als vermehrt Teilzeitarbeitsplätze bereitgestellt werden können. In Anbetracht der jüngsten Tarifabschlüsse dürften die Ausgaben für den Staatsverbrauch im Durchschnitt dieses Jahres deutlich schwächer zunehmen als 1987, während real abermals mit einem Anstieg von 1,5 vH gerechnet werden kann.

Bautätigkeit insgesamt stabilisiert

Die Bautätigkeit verlief 1987 außerordentlich differenziert: Während die Produktion im öffentlichen Hochbau und im gewerblichen Bau vor allem aufgrund größerer Aufträge der Versorgungsbetriebe kräftig stieg, ging der Neubau von Wohnungen als Folge reduzierter öffentlicher Programme und deren zögernder Ausschöpfung — Ende September waren erst 60 vH der vorgesehenen Wohnungen bewilligt — zurück. Im öffentlichen Tiefbau kam es zu einem Produktionseinbruch, nachdem einige größere Projekte abgeschlossen waren und Anschlußaufträge nicht vergeben wurden. Insgesamt blieben die Bauinvestitionen um knapp 1 vH hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück; im gleichen Umfang verringerte sich die Wertschöpfung des Berliner Baugewerbes.

Trotz der insgesamt geringeren Produktion hat die Zahl der Beschäftigten gegenüber 1986 nicht abgenommen. Diese Diskrepanz ist vor allem auf die ungünstige Witterung zu Beginn des vergangenen Jahres zurückzuführen; die Zahl der Ausfalltagewerke im Bauhauptgewerbe übertraf das Niveau von 1986 um 43 vH. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war erheblich niedriger als im Vorjahr — im Bauhauptgewerbe um gut 3 vH und im Ausbau-gewerbe immerhin um 2 vH.

Auffallend ist, daß die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter auch bei gleichbleibendem Beschäftigtenbestand gestiegen ist; im Jahresdurchschnitt waren 7600 gewerbliche Arbeitskräfte als arbeitslos gemeldet — annähernd 5 vH mehr als 1986. Diese Diskrepanz weist auf einen verstärkten Einsatz auswärtiger Arbeitskräfte durch Berliner Firmen hin.

Für 1988 zeichnet sich eine Fortsetzung der gespaltenen Baukonjunktur ab. Im Hochbau sind Impulse sowohl von den öffentlichen als auch von privaten gewerblichen Bauherren zu erwarten. Diese Einschätzung ergibt sich einmal aus den vom DIW erfragten Bauplanungen, zum anderen aus der Auftragsentwicklung im vierten Quartal 1987. Die Bestellungen bei den Unternehmen des Bauhauptgewerbes sind in beiden Sparten kräftig gestiegen; insgesamt lag der Auftragsbestand zum Jahresende — auch aufgrund einiger Großaufträge — um 80 vH über dem Vorjahrsstand. Im Wohnungsbau werden die

**Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
in Berlin**
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche bzw. Verwendungskomponenten	1985	1986	1987 ¹⁾	1988 ²⁾
Entstehung des Sozialprodukts³⁾ (zu Preisen von 1980, ohne Verbrauchsteuern)				
Produzierendes Gewerbe	4,6	2,2	-0,1	1
Energie, Wasserversorgung	4,8	3,0	3,9	3
Verarbeitendes Gewerbe	7,7	1,7	-0,3	1
Baugewerbe	-6,7	3,8	-0,8	0,5
Handel und Verkehr	0,9	1,7	1,9	1
Handel	1,4	2,4	1,0	1
Verkehr, Nachr.übermittlung	0,0	0,4	3,5	1
Private Dienstleistungen	3,4	2,0	2,3	2
Staat	1,6	2,6	0,7	1
Bruttowertschöpfung insges. ⁴⁾	3,1	2,3	1,2	1,5
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	3,2	2,2	1,3	1,5
<i>Bruttoinlandsprodukt Bundesrepublik</i>	2,1	2,6	1,8	1
Verwendung des Sozialprodukts (zu Preisen von 1980, ohne Verbrauchsteuern)				
Inländische Verwendung	0,9	3,2	1,9	2
Privater Verbrauch	1,0	3,7	3,0	3
Öffentlicher Verbrauch	1,7	2,9	1,5	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	8,0	4,0	2,0	2
Bauinvestitionen	-7,7	2,5	-0,7	0,5
Überreg. Warenlieferungen	8,5	-3,6	-4,0	1
Überreg. Warenbezüge	6,0	1,8	0,0	2
Bruttosozialprodukt ⁶⁾	3,0	2,4	1,2	1,5
<i>Bruttosozialprodukt Bundesrepublik</i>	2,0	2,5	1,7	1
Erwerbstätige⁷⁾				
Produzierendes Gewerbe	1,8	0,9	-0,9	-0,5
Energie, Wasserversorgung	0,9	3,6	2,5	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	3,1	1,3	-1,5	-0,5
Baugewerbe	-2,3	0,8	0,2	-0,5
Handel und Verkehr	0,7	0,3	0,9	0,5
Handel	-0,1	-0,4	0,4	0
Verkehr, Nachr.übermittlung	2,2	1,7	2,0	1
Private Dienstleistungen	3,2	1,9	2,0	1,5
Staat	1,6	0,0	0,1	0
Wirtschaft insgesamt	2,0	0,9	0,5	0,5
<i>Erwerbstätige Bundesrepublik</i>	0,7	1,0	0,7	0

1) Viertes Quartal geschätzt. — 2) Schätzung. —

3) Unbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. — 4) Unbereinigt, d.h. einschließlich unterstellter

Entgelte für Bankdienstleistungen. — 5) Bruttoinlandsprodukt = unbereinigte Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. —

6) Bruttosozialprodukt = Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Berliner von außerhalb beziehen, abzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Auswärtige aus Berlin beziehen. In diesen Saldo geht auch die Differenz zwischen der in der regionalen Produktion und der regionalen Verwendung enthaltenen Umsatzsteuer ein. — 7) Inlandskonzept.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

Neubauprogramme zwar nochmals — von 5 650 auf 5 000 Einheiten — zurückgenommen. Auftragsüberhänge und steigende Ausgaben für Modernisierung und Instandsetzung dämpfen indes die Folgen dieser Einbußen. Davon profitiert vor allem das Ausbaugewerbe, dessen Unternehmen die Geschäftslage zu Beginn des Jahres entsprechend optimistisch einschätzen.

Anhaltend ungünstig sind die Aussichten im Tiefbau. Zwar sind im vierten Quartal 1987 verstärkt Aufträge vergeben worden; am Jahresende war der Auftragsbestand jedoch um 25 vH geringer als ein Jahr davor, und die Plandaten lassen — vor allem für den Straßenbau — keine Änderung der Nachfragetendenz erwarten. In dieser Situation ist es besonders wichtig, daß Planungsengpässe beseitigt werden. Die Verlagerung nicht ausgeschöpfter Investitionsmittel in den Bereich der baulichen Unterhaltung, wie sie innerhalb des Landeshaushalts kürzlich vorgenommen wurde, trägt zu einer Verstetigung des Bauverlaufs bei.

Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einer geringen Zunahme der realen Bauinvestitionen zu rechnen. Die Beschäftigung im Berliner Baugewerbe wird allerdings kaum gehalten werden können.

Ausrüstungsinvestitionen nur wenig erhöht

Die realen Ausrüstungsinvestitionen in Berlin sind 1987 um rund 2 vH und damit wesentlich langsamer als in der Bundesrepublik insgesamt gestiegen (4,2 vH). Der Zuwachs war zugleich deutlich geringer als vom DIW Anfang des vergangenen Jahres erwartet.

Zweigspezifische Informationen über die Käufe von Ausrüstungsgütern liegen lediglich für das verarbeitende Gewerbe vor: Nach den Angaben der Unternehmen im Rahmen der Investitionsbefragung des DIW im Frühjahr 1987 war eine Erhöhung der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen um 10 vH zu erwarten. Eine aktuelle Umfrage bei den größeren Industrieunternehmen, auf die rund zwei Drittel aller Ausrüstungsinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe entfallen, zeigt jedoch, daß viele Unternehmen ihre Investitionsplanungen im Laufe des vergangenen Jahres nicht voll realisiert haben. Dabei handelt es sich häufig um solche Firmen, die ihre Produkte überwiegend auf dem Binnenmarkt absetzen; die weltwirtschaftlichen Turbulenzen dürften mithin nur ein Erklärungsfaktor für diese Entwicklung sein.

Die Angaben der befragten Unternehmen über die Planungen für 1988 lassen erwarten, daß die Ausrüstungsinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes nur wenig steigen werden. Informationen über die Investitionsplanungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen liegen derzeit nicht vor. Die Zunahme der gesamten Ausrüstungsinvestitionen wird auf real 2 vH veranschlagt. Inwieweit die vorgesehene — von 1990 an wirksame — Kürzung der

Berlinförderung die Investitionstätigkeit im Jahre 1988 beeinflußt, ist gegenwärtig nicht abzusehen.

Arbeitslosigkeit trotz erhöhter Beschäftigung deutlich gestiegen

Im Jahresdurchschnitt 1987 waren in Berlin 876 000 Personen erwerbstätig, 0,5 vH bzw. 4400 mehr als im Jahr davor. Während die Beschäftigung im produzierenden Sektor um knapp 1 vH zurückgegangen ist, hat sie im tertiären Sektor, vor allem in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+1 vH) und private Dienstleistungen (+2 vH), zugenommen. Dabei ist die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze kaum, die der Teilzeitarbeitsplätze dagegen deutlich — um fast 5 vH — ausgeweitet worden. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern liegt in Berlin erheblich über dem Bundesdurchschnitt; er ist auch höher als in anderen Ballungsgebieten. Dieser Abstand resultiert vor allem aus vergleichsweise hohen Teilzeitquoten im Einzelhandel, bei den Dienstleistungsunternehmen und bei den Organisationen ohne Erwerbszweck. Im öffentlichen Sektor hat Berlin indes — trotz der starken Zunahme der Teilzeitbeschäftigung in den vergangenen Jahren — noch einen Nachholbedarf.

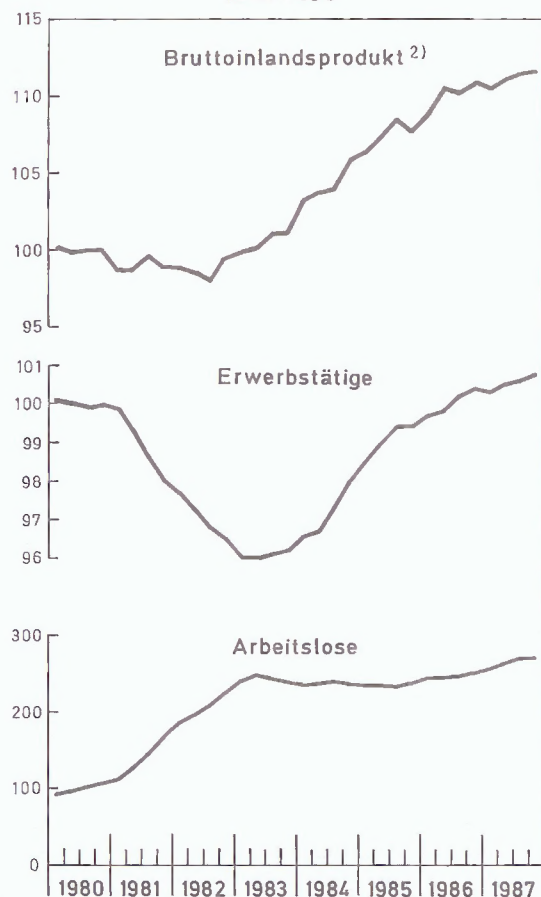
Obwohl sich die Zahl der Beschäftigten erhöht hat und darüber hinaus von der Vorruhestandsregelung und der Intensivierung der beruflichen Förderungsmaßnahmen entlastende Wirkungen ausgingen, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr weiter deutlich verschlechtert. Im Jahresdurchschnitt waren in Berlin 90 600 Arbeitslose gemeldet, das waren 5 800 bzw. 6,8 vH mehr als im Jahr davor. Im übrigen Bundesgebiet ist die Arbeitslosigkeit demgegenüber geringfügig zurückgegangen.

Dieser Unterschied in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der gesamten Volkswirtschaft mit 0,7 vH etwas schneller zugenommen hat als in Berlin (0,5 vH). Von größerer Bedeutung war aber die vergleichsweise starke Zunahme des Erwerbspersonenangebots aus der Berliner Bevölkerung: Der Bestand an Arbeitnehmern und Arbeitslosen abzüglich des Wanderungsgewinns an Erwerbspersonen hat in Berlin um rund 1 vH, im Bundesgebiet dagegen nur um etwa 0,7 vH zugenommen. Der Unterschied in der Entwicklung des Erwerbspersonenangebots war beim deutschen Bevölkerungsteil gering, beim ausländischen Bevölkerungsteil aber sehr stark ausgeprägt — Folge des in Berlin hohen Anteils der Türken, bei denen die nachwachsenden Jahrgänge besonders stark besetzt sind. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man Berlin mit anderen Ballungsgebieten vergleicht.

Die aus der Wanderung von Erwerbspersonen resultierende zusätzliche Nachfrage nach Arbeitsplätzen in Berlin hatte 1987 nur geringe Bedeutung. Die Stadt ver-

BRUTTOINLANDSPRODUKT, ERWERBSTÄTIGE UND ARBEITSLOSE IN BERLIN (WEST)

Saisonbereinigte Werte ¹⁾
1980 = 100



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (Version 3). —
²⁾ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 ohne Verbrauchsteuern.

DIW 88

zeichnete einen Wanderungsgewinn von rund 4 000 Einwohnern; darunter dürften 2 000 Erwerbspersonen gewesen sein — fast ausschließlich Zuwanderer aus der DDR. Die amtliche Bevölkerungsstatistik weist zwar auch für 1987 einen großen Wanderungsgewinn Berlins gegenüber dem Bundesgebiet aus. Untersuchungen des DIW zeigen aber, daß es sich bei einem großen Teil der in den vergangenen Jahren registrierten Zuzüge nicht um tatsächliche Wohnortwechsel in diesen Jahren handelt, sondern um die nachträglich korrekte Verbuchung früherer Zuzüge⁴.

⁴ Vgl. Aktuelle Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West). Bearb.: Ingo Pfeiffer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 10/1988.

Fazit

Für 1988 ist nicht mit einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in Berlin zu rechnen. Im Vorjahrsvergleich wird das reale Bruttoinlandsprodukt indes schon wegen eines „Wachstumsüberhangs“ aus dem Jahre 1987 und wegen der größeren Zahl von Arbeitstagen um etwa 1 vH höher sein. Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Leistung Berlins das im vergangenen Jahr erreichte Niveau um etwa 1,5 vH übertreffen, die Zahl der Erwerbstätigen wiederum geringfügig — um etwa 0,5 vH — zunehmen. Damit würde sich die Berliner Wirtschaft ähnlich entwickeln wie die gesamte Volkswirtschaft, für die ein Wachstum des realen Sozialprodukts um reichlich 1 vH erwartet wird⁵.

Die Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze wird allerdings auch im laufenden Jahr zu gering sein, als daß mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden kann. Im Gegenteil: Bei vermutlich weiterer Zunahme des Erwerbspersonenangebots wird die Zahl der Arbeitslosen noch steigen und im Jahresdurchschnitt deutlich über 90 000 liegen.

In Anbetracht der engen Verflechtungen Berlins mit dem übrigen Bundesgebiet sind kürzerfristig die Möglichkeiten, die Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung in der Stadt durch regionale Maßnahmen zu beeinflussen, sehr begrenzt. Diese begrenzten Spielräume sollten allerdings genutzt werden. In diesem Zusammenhang erscheint es unverständlich, daß die Ausgaben des Landes Berlin nach den Ansätzen im Haushaltsplan 1988 nur um gut 2 vH und damit geringer zunehmen sollen als in der gesamten Bundesrepublik (3 vH). Dabei besteht nach wie vor ein drängender Nachholbedarf im Bereich der umweltverbessernden Infrastruktur (Fernwärme, Entwässerung), des öffentlichen Personennahverkehrs (Schnellbahnen) und der Stadterneuerung, der im Hinblick auf die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort und Wohnort möglichst rasch befriedigt werden muß.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit wäre in den vergangenen Jahren sicher noch höher ausgefallen, wenn nicht die individuelle Arbeitszeit durch eine Reihe von Maßnahmen reduziert worden wäre. Neben den tariflichen Vereinbarungen zählen dazu auch die Vorruhestandsregelung, der Erziehungsurlaub und die vermehrte Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen. Durch eine Initiative des Landes Berlin soll nun auch das Beamtenrecht dahingehend geändert werden, daß eine reguläre und dauerhafte Teilzeitbeschäftigung im Beamtenbereich möglich wird. Es ist zwar schwer einzuschätzen, welchen Beschäftigungseffekt eine solche Regelung haben wird. Schon in Anbetracht des in Berlin vergleichsweise geringen Um-

fangs an Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst ist diese Maßnahme jedoch zu begrüßen.

Mit der Verschärfung der Beschäftigungsprobleme geht eine Zunahme der Dauer von Arbeitslosigkeit und eine Verfestigung der Strukturen im Arbeitslosenbestand einher. Für eine wachsende Zahl von Arbeitslosen wird die Wiedereingliederung in das Erwerbsleben immer schwieriger. Der Beschluß des Berliner Senats, die Einstellung älterer Arbeitsloser stärker zu fördern, als es die Regelungen der Bundesanstalt für Arbeit vorsehen, hierfür also zusätzliche Mittel einzusetzen, ist ein Ansatz, der zur Milderung dieser Probleme beitragen kann.

Für die Bewältigung des strukturellen Wandels der Wirtschaft ist die Qualifikation der Arbeitnehmer eine wesentliche Voraussetzung. Auch in dieser Hinsicht hat Berlin noch immer einen erheblichen Aufholbedarf gegenüber dem übrigen Bundesgebiet. Die Maßnahmen des Senats zur Qualifizierung von Beschäftigten und Arbeitslosen sollten intensiviert werden. Derartige Bemühungen stoßen allerdings dort auf Grenzen, wo es an der erforderlichen Qualifizierungsbereitschaft bzw. -fähigkeit der Betroffenen fehlt. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß trotz spürbarer Fortschritte der Anteil der Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne Hauptschulabschluß verlassen, in Berlin selbst dann noch immer wesentlich höher ist als im Bundesgebiet, wenn man den unterschiedlichen Ausländeranteil berücksichtigt. Dies gilt auch gegenüber den Bundesländern Hamburg und Bremen, die als Großstädte eher mit Berlin vergleichbar sind.

Strukturelle Defizite der Berliner Wirtschaft gibt es allerdings nicht nur hinsichtlich der Qualifikation der Arbeitskräfte, sondern auch hinsichtlich der Qualität der angebotenen Arbeitsplätze. Dies gilt für Teile der Industrie ebenso wie für den Dienstleistungssektor. Produktionsorientierte Dienstleistungen gewinnen immer größere Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Berlin weist für diese Branchen aufgrund seiner spezifischen Unternehmensstruktur, des fehlenden Umlandes und der Ferne zu den Hauptabsatzmärkten im übrigen Bundesgebiet gravierende Standortnachteile auf. Die von der Bundesregierung geplanten Veränderungen des Berlinförderungsgesetzes sehen auch eine Einschränkung der in diesem Bereich ohnehin niedrigen Investitionszulage vor. Dies widerspricht den Erfordernissen des strukturellen Wandels. Überregional aktive, produktionsorientierte Dienstleistungen anbietende Unternehmen sollten hinsichtlich der Förderung zumindest dem verarbeitenden Gewerbe gleichgestellt werden.

⁵ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1988, a.a.O.

Osthandel verliert erneut an Bedeutung

Die Außenhandelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den europäischen Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)¹ — hier als Osthandel bezeichnet — ist auch 1987 geringer geworden. Bei nominal stagnierenden Gesamteinfuhren und -ausfuhren der Bundesrepublik gingen die Importe aus den RGW-Staaten um 14 vH, die Exporte dorthin um 9 vH zurück. Vom Außenhandelsumsatz (Einfuhr plus Ausfuhr) der Bundesrepublik in Höhe von 937 Mrd. DM entfielen lediglich 33 Mrd. DM auf die RGW-Staaten, das entspricht einem Anteil von 3,6 vH (1986: 4,0 vH).

Besonders starke Einbußen waren im Handel mit der UdSSR zu verzeichnen. Die Importe nahmen 1987 vor allem infolge des Preisrückgangs bei Erdgas ab. Die beträchtlichen Kaufkraftverluste der UdSSR aus dem Verfall der Energiepreise beeinträchtigten die Ausfuhrentwicklung. Im Außenhandelsumsatz mit den kleineren RGW-Ländern war der Rückgang mit 4 vH geringer als im Jahr zuvor.

Die Chancen für einen Aufschwung des Osthandels sind — trotz Verbesserungen im politischen Klima — nicht günstig. Dem hohen Bedarf aller RGW-Staaten an moderner technischer Ausrüstung der Produktionsanlagen stehen nur eng begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten durch Exporte und Kreditausweitung gegenüber.

Handel mit der UdSSR im Zeichen rückläufiger Erdgaspreise

Der Außenhandelsumsatz mit der UdSSR betrug 1987 rd. 15 Mrd. DM. Er lag damit um 20 vH unter dem Niveau vom Vorjahr. Nur noch 1,6 vH ihres Warenverkehrs mit dem Ausland wickelt die Bundesrepublik mit der Sowjetunion ab. 1984, vor dem Verfall der Energiepreise, waren es noch 2,7 vH. Die Ausfuhren der Bundesrepublik waren höher (um 0,6 Mrd. DM) als die Einfuhren.

Die stärksten Einbußen im Osthandel gab es 1987 erneut bei den Einfuhren aus der UdSSR, die mit 7,3 Mrd. DM um über ein Fünftel geringer waren als im Jahr zuvor. Gegenüber 1984 sind sie sogar auf die Hälfte geschrumpft. Die Warenstruktur ist noch immer durch einen hohen Anteil von Mineralöl und Erdgas gekennzeichnet, auf die 1987 knapp 70 vH aller Bezüge entfielen. Die Höhe der Energiepreise bestimmt weiterhin den Gesamtumfang des Handels zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. War 1986 der wertmäßige Rückgang der Importe aus der Sowjetunion (–32 vH) primär auf den Verfall der Ölpreise zurückzuführen, so waren 1987 die Preise für Erdgas der entscheidende Bremsfaktor. Nach überschlägigen Schätzungen dürfte die Sowjetunion pro Kubikmeter Erdgas knapp 50 vH weniger Erlöst haben als 1986. Dagegen fiel diesmal der Rückgang der Durchschnittswerte der Mineralölexporte mit rd. 5 vH vergleichsweise milde aus.

Noch deutlicher wird das Ausmaß des Energiepreisverfalls, wenn man die Ergebnisse von 1987 mit denen des letzten Hochpreisjahres, 1984, vergleicht: Damals kostete die Einfuhr von Energie aus der UdSSR 11,7 Mrd. DM, im Vorjahr mußten nur 5 Mrd. DM bezahlt werden. Mengemäßig stiegen die Importe dagegen von 32 Mill. t auf knapp 35 Mill. t SKE.

1987 deckten die Brennstoffimporte aus der Sowjetunion etwa 9 vH des Primärenergieverbrauchs in der

Bundesrepublik. Der Anstieg der Erdgasimporte aus der UdSSR von 16 auf 18 Mrd. m³ war von einer kräftigen Zunahme des Gasverbrauchs begleitet (+10 vH); der sowjetische Importanteil blieb damit etwa auf der Höhe vom Vorjahr (rd. 30 vH). Geringer ist der sowjetische Anteil am Mineralölverbrauch. Die Importe im Umfang von 10 Mill. t deckten knapp 9 vH des Inlandabsatzes.

Der Sowjetunion ist es bisher nicht gelungen, den Einnahmeausfall bei den Energieexporten in die Bundesrepublik durch Erlössteigerungen aus dem Export anderer Produkte zu kompensieren. Im Gegenteil: 1987 wurden „sonstige Waren“ — das sind die Gesamtexporte außer Mineralöl, Erdgas und Kohle — nur im Wert von 2,2 Mrd. DM in der Bundesrepublik abgesetzt, das waren sogar noch 0,4 Mrd. DM weniger als 1984. Die Bemühungen der sowjetischen Wirtschaftsführung um eine Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit von Halb- und Fertigwaren sind bisher ohne sichtbare Erfolge geblieben.

Dieses Ziel kann letztlich nur durch eine spürbare Verbesserung der Effizienz der sowjetischen Volkswirtschaft, so wie dies von der Parteiführung angestrebt wird, erreicht werden. Partielle Verbesserungen erhofft man sich auch durch die Reform der Außenwirtschaftsorganisation. Die Betriebe sollen stärker zu Exporten in westliche Länder motiviert werden. Dem dienen die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen im Außenhandel auf Betriebe, Ministerien oder Unionsrepubliken, die Einbezie-

¹ Europäische Mitgliedsländer des RGW sind Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, Sowjetunion und Ungarn. Der Handel mit der DDR, der innerdeutsche Handel, ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Vgl. hierzu: Weiterhin unbefriedigende Entwicklung im innerdeutschen Handel? Bearb.: Horst Lambrecht. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 11/1988. Die fünf hier behandelten kleineren RGW-Länder werden auch — ungeachtet ihrer geographischen Lage — unter dem Begriff Osteuropa subsumiert.

**Die Bedeutung der Energieimporte¹⁾ aus der UdSSR für die Energieversorgung
in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1987**

Jahr	Energieimporte aus der UdSSR			Anteil der Importe am PEV ²⁾ der Bundesrepublik
	Insgesamt	darunter:		
		Erdöl und Erdölprodukte	Erdgas	
	Mill.t SKE	Mill. t	Mrd. cbm	in vH
1970	8,2	5,7	0,0	2,4
1975	14,3	7,4	3,4	4,1
1980	21,6	6,8	10,9	5,5
1981	19,9	5,0	11,8	5,3
1982	23,7	8,7	10,5	6,5
1983	27,0	10,6	10,9	7,4
1984	32,2	12,2	13,5	8,5
1985	30,2	10,6	13,6	7,8
1986	33,2	10,7	16,2	8,6
1987	34,3	9,9	18,3	8,9

¹⁾ Erdöl und Erdölprodukte, Erdgas, Kohle. — ²⁾ Primärenergieverbrauch.

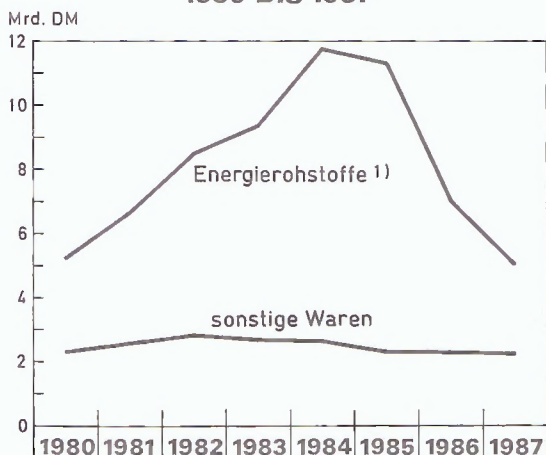
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3; Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; Datenbank RGW-Energie des DIW.

hung der Außenhandelsergebnisse in die betriebliche Gewinn- und Verlustrechnung und die Beteiligung der Betriebe an ihren Devisenerlösen².

Ausländisches Kapital und Know-how können seit 1987 in Gemeinschaftsunternehmen in der UdSSR investiert

werden. Die Joint Ventures sollen zur Überwindung der chronischen Exportschwäche der sowjetischen Industrie beitragen. Aus Presseberichten geht hervor, daß die UdSSR bisher die Errichtung von etwa 20 Gemeinschaftsunternehmen mit Partnern im Westen vereinbart hat, davon acht mit Firmen aus der Bundesrepublik³. Zwei davon produzieren Schuhe, die anderen Werkzeugmaschinen, Schwerkrane, Schleifmaschinen, Äthylenglykol und Druckerzeugnisse. Die Produkte werden vermutlich überwiegend auf dem sowjetischen Markt abgesetzt. Allerdings ist bei allen Joint Ventures auch der Verkauf gegen Devisen geplant. Die Erwirtschaftung von Einnahmen in konvertierbaren Währungen ist eine notwendige Voraussetzung für den Transfer von Gewinnanteilen ins westliche Ausland⁴. An den Gemeinschaftsunternehmen sind die Partner aus der Bundesrepublik mit Anteilen zwischen 40 und 49 vH beteiligt. Die Joint Ventures befinden sich derzeit in der Aufbauphase, so daß eine Bewertung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung noch nicht möglich ist. Zweierlei ist aber bereits hervorzuheben:

**DER IMPORT DER BUNDESREPUBLIK
VON ENERGIE UND SONSTIGEN WAREN
AUS DER UDSSR
1980 BIS 1987**



¹⁾ Erdöl und Erdölprodukte, Erdgas, Kohle.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

DIW 88

² Vgl. Sowjetische Wirtschaftsreform: Das Konzept der Perestrojka gewinnt Konturen. Bearb.: Ulrich Weißenburger und Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 48–49/1987.

³ Vgl. Handelsblatt vom 9. Februar 1988 und Frankfurter Rundschau vom 16. März 1988.

⁴ Reichen die Deviseneinnahmen für den Gewinntransfer nicht aus, soll der verbleibende Teil für Warenkäufe verwendet werden. Vgl. Herald Tribune vom 8. Februar 1988.

Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus der UdSSR nach Warengruppen¹⁾

Waren bzw. Warengruppen	Einfuhr 1987	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Einfuhr- struktur	Einfuhr- gewichte ²⁾
	Mill. DM		vH	
Insgesamt	7 252	- 2 046	100,0	1,8
darunter: ³⁾				
Ernährungsgüter	74	- 7	1,0	0,1
Rohstoffe	1 389	279	19,2	5,0
Halbwaren	4 787	- 2 183	66,0	9,4
Fertigwaren	794	- 59	10,9	0,3
davon:				
Vorerzeugnisse	571	- 76	7,9	1,0
Enderzeugnisse	223	18	3,1	0,1
Ausgewählte Untergruppen:⁴⁾				
Kraftstoffe, Erdgas, Schmieröle	3 840	- 2 213	53,0	19,1
Erdöl, roh	1 163	280	16,0	7,3
Chemische Vorerzeugnisse	344	- 47	4,7	1,4
Holzwaren	228	10	3,1	2,7
Nickel, roh und legiert	188	52	2,6	36,1
Halbwaren ⁵⁾	112	- 1	1,5	3,8
Perlen, Schmuck, Edelsteine	104	- 28	1,4	15,7
Kupfer, roh und legiert	99	42	1,4	5,0
Baumwolle	96	24	1,3	12,7
Gold zu gewerblichen Zwecken	92	- 72	1,3	5,4
Rückwaren	207	- 78	2,9	2,5

1) Vorläufige Angaben. — 2) Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland. — 3) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. — 4) Die Warengruppen repräsentieren 89 vH der Gesamteinfuhren aus der UdSSR. — 5) Ohne weitere Aufgliederung: hauptsächlich unbearbeitetes Platin sowie Palladium und Palladium-Legierungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

- Die UdSSR hat sich bei den Firmengründungen relativ flexibel verhalten; sie hat z.B. ihre ursprüngliche Haltung aufgegeben, wonach Joint Ventures nur für den Export produzieren sollten.
- Joint Ventures werden in absehbarer Zeit die internationale Konkurrenzfähigkeit der sowjetischen Industrie nicht entscheidend verbessern können; sie werden allenfalls einen bescheidenen Beitrag zur — dringend gebotenen — Öffnung der sowjetischen Wirtschaft leisten.

Die Ausfuhren der Bundesrepublik in die Sowjetunion gingen 1987 nominal um 16 vH gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Exporteinbußen in Höhe von 3,4 Mrd. DM gegenüber 1984 sind im Vergleich zu den Importrückgängen von 7,1 Mrd. DM im gleichen Zeitraum noch relativ gering ausgefallen. Die Aufwertung der D-Mark hat die Exportchancen nicht beeinträchtigt. Vielmehr konnte die Bundesrepublik 1987 ihre Position als größter Westhandelspartner der UdSSR noch leicht ausbauen; knapp ein Fünftel (19,3 vH) aller Exporte der OECD-Länder in die UdSSR stammte 1987 (Januar bis September) aus der Bundesrepublik (1986: 18,6 vH). Erst mit Abstand folgten

Finnland (14,5 vH), Italien und Japan (je 12 vH); der Anteil der USA betrug nur 7 vH.

Die Warenstruktur der Exporte in die UdSSR ist durch die Dominanz der Investitionsgüter gekennzeichnet. Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge stellen ein Drittel aller Exporte. Allerdings mußten diese Branchen im vergangenen Jahr auch die größten Absatzverluste (insgesamt -30 vH) hinnehmen. Vor allem für den Maschinenbau hat der sowjetische Markt immer mehr an Bedeutung verloren. Konnten dort 1984 noch 5 vH des entsprechenden Gesamtexports der Bundesrepublik abgesetzt werden, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 2 vH. Nicht reduziert wurden dagegen die Exporte von Eisen- und Stahlwaren (einschl. Stahlröhren), die ebenfalls knapp ein Drittel aller Lieferungen stellen. Für die chemische Industrie — auf sie entfällt knapp ein Fünftel aller Exporte in die UdSSR — hielten sich die Verkaufsrückgänge in relativ engen Grenzen (-6 vH). Damit hat sich auch 1987 eine alte Erfahrung hinsichtlich des sowjetischen Importverhaltens bestätigt: Im Falle von Devisenknappheit werden Maschineneinfuhren besonders stark gekürzt, weniger dagegen die Vorleistungsimporte, die für die laufende Produktion notwendig sind.

Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in die UdSSR nach Warengruppen¹⁾

Waren bzw. Warengruppen	Ausfuhr 1987	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Ausfuhr- struktur	Ausfuhr gewichte ²⁾
	Mill. DM		vH	
Insgesamt	7 846	– 1 528	100,0	1,5
darunter: ³⁾				
Ernährungsgüter	468	– 46	6,0	1,8
Rohstoffe	64	– 8	0,8	1,0
Halbwaren	292	– 161	3,7	1,0
Fertigwaren	6 976	– 1 315	88,9	1,5
davon:				
Vorerzeugnisse	2 737	405	34,9	3,1
Enderzeugnisse	4 238	– 1 720	54,0	1,1
Ausgewählte Untergruppen:⁴⁾				
Maschinen	1 997	– 774	25,4	2,1
darunter:				
Werkzeugmaschinen einschl. Walzwerksanlagen	504	– 395	6,4	4,9
Stahlröhren und sonstige Eisenwaren	1 367	– 49	17,4	7,5
Chemische Vorerzeugnisse	946	59	12,1	2,1
Stab- und Formeisen, Blech und Draht aus Eisen	920	49	11,7	7,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	510	– 203	6,5	0,9
Chemische Enderzeugnisse	432	– 144	5,5	1,3
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	365	3	4,7	3,3
Kunstseide, synth. Fäden	183	11	2,3	5,2
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	138	2	1,8	1,3
Lederwaren (einschl. Schuhe)	110	– 8	1,4	5,8
Enderzeugnisse ⁵⁾	105	– 16	1,3	1,1
Papier und Pappe	86	– 1	1,1	1,5
Rindvieh	81	70	1,0	16,0
Kraftfahrzeuge	78	– 144	1,0	0,1

1) Vorläufige Angaben. — 2) Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhren der Bundesrepublik Deutschland. — 3) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. — 4) Die Warengruppen repräsentieren 93 vH der Gesamtausfuhren in die UdSSR. — 5) Ohne weitere Aufgliederung (Gruppe 869 der Systematik der gewerblichen Wirtschaft).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

Hintergrund für den wertmäßigen Rückgang des bilateralen Handels war die Verschlechterung der Terms of Trade der UdSSR. Während die UdSSR ihre Exporte bei sinkenden Erlösen mengenmäßig noch gesteigert hat, mußte sie die Importe aus der Bundesrepublik auch real reduzieren. Dies beeinträchtigt ihre Möglichkeiten, die Exportindustrien zu modernisieren. Die Bundesrepublik hat zwar von der Entwicklung der Terms of Trade der UdSSR profitiert. Allerdings verschlechterten die sowjetischen Erlöseinbußen die Absatzchancen für die Firmen in der Bundesrepublik.

Handel mit Osteuropa: Rückgang hielt sich in Grenzen

Mit den kleineren RGW-Staaten wickelte die Bundesrepublik 1987 einen Handelsumsatz von insgesamt

18,4 Mrd. DM ab, das waren im Vergleich zum Vorjahr 4 vH weniger und gemessen am Gesamthandel 2 vH. Der Wert der Einfuhren aus Osteuropa schrumpfte um 5 vH auf 8,5 Mrd. DM. Die Ausfuhren gingen um 3 vH zurück und erreichten nur noch knapp 10 Mrd. DM. Der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik erhöhte sich geringfügig auf 1,3 Mrd. DM.

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieses Handels waren zwar insgesamt besser als die für den Handel mit der Sowjetunion. Dennoch fehlte es auf beiden Seiten an Impulsen. Zudem verfolgen die meisten der RGW-Länder noch immer eine sehr vorsichtige Verschuldungspolitik. Angesichts eng begrenzter Investitionsmittel, die in verstärktem Umfang in die Energiewirtschaft investiert werden mußten, hat sich ein großer Modernisierungsbedarf aufgestaut.

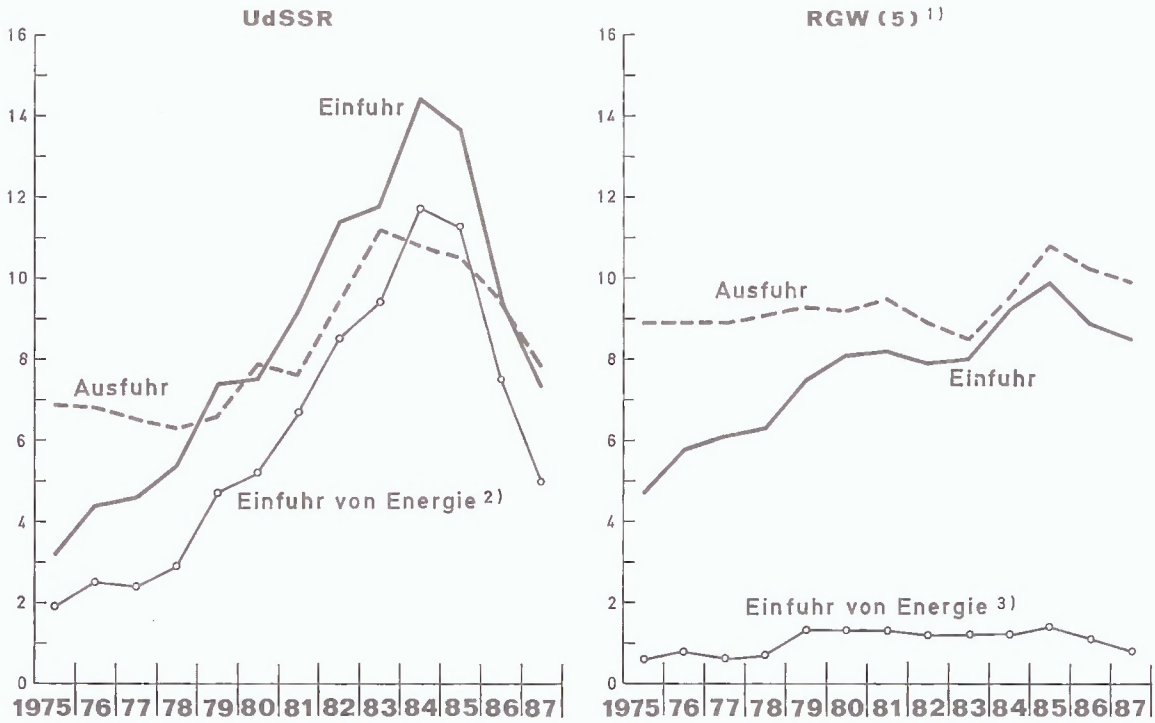
**Entwicklung des Osthandels¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland
1975 bis 1987**

Land,	1975	1980	1984	1985	1986	1987	1975	1980	1984	1985	1986	1987
Ländergruppe ²⁾	Ausfuhr (fob)						Einfuhr (cif)					
	Millionen DM											
Bulgarien	1 023	872	1 351	1 641	1 669	1 563	232	324	435	464	399	353
CSSR	1 678	1 892	2 108	2 343	2 294	2 438	1 156	1 901	2 382	2 507	2 197	2 108
Polen	3 213	2 661	2 357	2 834	2 449	2 390	1 436	2 495	2 766	3 081	2 596	2 477
Rumänien	1 607	1 623	892	916	744	583	994	1 599	1 524	1 594	1 659	1 430
Ungarn	1 417	2 194	2 744	3 063	2 997	2 892	906	1 819	2 057	2 241	2 082	2 155
RGW (5)	8 937	9 242	9 451	10 796	10 152	9 867	4 725	8 138	9 163	9 886	8 934	8 524
UdSSR	6 948	7 943	10 767	10 527	9 374	7 846	3 240	7 517	14 392	13 629	9 299	7 252
RGW (6)	15 885	17 185	20 218	21 323	19 525	17 713	7 965	15 655	23 555	23 515	18 232	15 776
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH											
Bulgarien	33,5	20,9	7,4	21,5	1,7	- 6,3	- 1,1	- 9,4	- 2,6	6,6	-14,0	-11,5
CSSR	- 5,9	- 4,5	7,9	11,1	- 2,1	6,3	11,8	18,8	7,8	5,2	-12,3	- 4,1
Polen	-11,1	8,0	10,9	20,2	-13,6	- 2,4	0,7	13,1	26,7	11,4	-15,7	- 4,6
Rumänien	-12,5	-17,9	27,0	2,7	-18,8	-21,5	3,1	- 2,0	20,8	4,6	4,1	-13,8
Ungarn	-19,7	2,5	12,5	11,6	- 2,1	- 3,5	- 0,2	7,8	9,7	9,0	- 7,1	3,5
RGW (5)	- 8,5	- 0,5	11,5	14,2	- 6,0	- 2,8	3,5	8,8	14,9	7,9	- 9,6	- 4,6
UdSSR	45,6	19,9	- 4,3	- 2,2	-11,0	-16,3	- 0,9	1,8	22,1	- 5,3	-31,8	-22,0
RGW (6)	9,3	8,0	2,5	5,5	- 8,4	- 9,3	1,7	5,3	19,2	- 0,2	-22,5	-13,5
	Anteil am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland in vH											
RGW (5)	4,0	2,6	1,9	2,0	1,9	1,9	2,6	2,4	2,1	2,1	2,2	2,1
UdSSR	3,1	2,3	2,2	2,0	1,8	1,5	1,8	2,2	3,3	2,9	2,2	1,8
RGW (6)	7,2	4,9	4,1	4,0	3,7	3,4	4,3	4,6	5,4	5,1	4,4	3,9
	Jährlicher Saldo in Mrd. DM						Kumulierter Saldo ³⁾ in Mrd. DM					
Bulgarien	0,8	0,5	0,9	1,2	1,3	1,2	1,6	3,8	7,0	8,2	9,4	10,6
CSSR	0,5	- 0,0	- 0,3	- 0,2	0,1	0,3	2,9	5,1	4,4	4,3	4,4	4,7
Polen	1,8	0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	5,8	8,8	8,4	8,2	8,0	7,9
Rumänien	0,6	0,0	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 0,8	2,0	3,5	1,9	1,2	0,3	- 0,6
Ungarn	0,5	0,4	0,7	0,8	0,9	0,7	2,0	4,7	7,4	8,3	9,2	9,9
RGW (5)	4,2	1,1	0,3	0,9	1,2	1,3	14,3	26,1	29,1	30,0	31,3	32,6
UdSSR	3,7	0,4	- 3,6	- 3,1	0,1	0,6	7,9	12,7	5,0	1,8	1,9	2,5
RGW (6)	7,9	1,5	- 3,3	- 2,2	1,3	1,9	22,1	38,7	34,1	31,9	33,2	35,1
	Relation von Einfuhr zu Ausfuhr im Osthandel der Bundesrepublik Deutschland in vH											
	Jahreswerte						Kumulierte Werte ³⁾					
Bulgarien	23	37	32	28	24	23	48	44	41	39	38	36
CSSR	69	100	113	107	96	86	66	72	83	85	86	86
Polen	45	94	117	109	106	104	53	66	76	78	80	81
Rumänien	62	98	171	174	223	245	71	77	90	94	99	103
Ungarn	64	83	75	73	69	75	68	71	72	72	72	72
RGW (5)	53	88	97	92	88	86	62	69	76	77	78	78
UdSSR	47	95	134	129	99	92	61	77	95	98	98	98
RGW (6)	50	91	117	110	93	89	62	72	84	86	87	87

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — Für 1987 vorläufige Angaben. — ¹⁾ Europäische RGW-Länder ohne DDR. — ²⁾ Herstellungs- und Verbrauchsländer. — ³⁾ Kumuliert ab 1970.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1, diverse Jahrgänge; Berechnungen des DIW.

DIE ENTWICKLUNG DES OSTHANDELS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



1) Bulgarien, ČSSR, Polen, Rumänien, Ungarn. — 2) Erdöl und Erdölprodukte, Erdgas, Kohle. — 3) Erdöl und Erdölprodukte, Kohle.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1.

DIW 88

Die Warenstruktur des Handels mit den kleineren RGW-Ländern hat insgesamt noch weitgehend kompletären Charakter. Exportiert werden von der Bundesrepublik vor allem Investitionsgüter. Auf Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Stahlrohre sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse entfällt die Hälfte aller Exporte. Bei dem Importen dominieren dagegen Konsumgüter, Lebensmittel und Vorprodukte. Nur 4 vH aller Einfuhren sind Maschinen.

Die Importeure in der Bundesrepublik haben auch 1987 relativ weniger Fertigwaren aus Osteuropa bezogen — ein Indikator für die anhaltenden Schwierigkeiten dieser Staaten bei der Umstrukturierung ihrer Industrie. Stammten 1980 noch 1,5 vH aller Maschinenimporte der Bundesrepublik aus Osteuropa, so waren es 1987 nur noch 0,8 vH. Bei Bekleidung — dem mit Abstand bedeutendsten Importprodukt aus Osteuropa — ist ein Rückgang von 7,5 auf 5,5 vH zu verzeichnen.

Regionale Entwicklung

Von den kleineren RGW-Staaten bietet *Ungarn* derzeit den größten Absatzmarkt für die Exportfirmen in der Bundesrepublik. Allerdings gingen die Ausfuhren 1987 um fast 4 vH zurück, obwohl sich das Wirtschaftswachstum in Ungarn wieder beschleunigt hatte. Die Einfuhren wurden hingegen um 4 vH gesteigert; damit war Ungarn das einzige RGW-Land, das 1987 seinen Absatz in der Bundesrepublik erhöhte. Die Warenstruktur der Importe aus Ungarn hat sich im vergangenen Jahr weiter zugunsten der Fertigwaren verbessert. Bemerkenswert ist vor allem, daß rund die Hälfte aller Importe von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen aus Osteuropa aus Ungarn stammte. Zu dieser relativ starken Position ungarischer Investitionsgüterhersteller dürften auch die zahlreichen bilateralen Kooperationen und Joint Ventures beigetragen haben. Zwar ist die Zahl der zwischenbetrieblichen Kooperationen in den letzten Jahren leicht zurückgegangen.

Mit knapp 300 Abkommen ist die Bundesrepublik aber der mit Abstand bedeutendste Partner in Ungarn. Stark zugenommen hat in jüngster Zeit die Zahl der Joint Ventures. Während Anfang 1985 erst sieben Betriebe mit Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik in Ungarn tätig waren, stieg die Zahl inzwischen auf über 25. Allerdings, so wird in Ungarn beklagt, „sind nur wenige der bereits bestehenden Gemeinschaftsunternehmen zu Produktion und Absatz in Größenordnungen fähig, die in dem einen oder anderen Bereich der Volkswirtschaft von Bedeutung sind“⁵.

Priorität für die ungarische Wirtschaftspolitik hat derzeit die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Zur Verbesserung der Zahlungsbilanz benötigt Ungarn in den nächsten Jahren beträchtliche Exportüberschüsse. Um die Wachstumsmöglichkeiten der inländischen Wirtschaft nicht zu behindern, sollen diese aber nicht durch Importdrosselung, sondern durch Exportausweitung erzielt werden. Die Nettoverschuldung des Landes ist in jüngster Zeit stark gestiegen und erreichte Ende 1987 rd. 16 Mrd. US-Dollar. Rund ein Fünftel der Exporterlöse ist durch Zinszahlungen gebunden. Vor diesem Hintergrund war der von der Bundesregierung im Herbst 1987 verbürgte Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM und einer Laufzeit von 12 Jahren hilfreich. Verbessert haben sich auch die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Ein Kulturinstitut der Bundesrepublik ist in Ungarn eingerichtet worden, und der Reiseverkehr nahm weiter zu. So reisten 1987 rd. viermal mehr Bundesbürger nach Ungarn als 1970; in umgekehrter Richtung hat sich die Zahl verdoppelt. Dem ungarischen Wunsch nach Einführung eines visafreien Reiseverkehrs konnte bisher nicht entsprochen werden, da es hierzu Einwände von EG-Partnern gibt.

Zweitgrößter Absatzmarkt in Osteuropa war 1987 die *Tschechoslowakei*. Nur hier konnten die Osthändler aus der Bundesrepublik insgesamt einen Ausfuhrzuwachs erzielen (6 vH). Damit scheint sich die vorsichtige Kreditpolitik der CSSR insofern auszahlen, als sie derzeit ihre Käufe zahlungsbedingt nicht einschränken muß. Vielmehr hat sie ihren Handlungsspielraum für die Modernisierung ihrer Industrie genutzt. Die Exporte an Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen sind um 20 vH gestiegen, auf beide Warengruppen entfiel die Hälfte aller Exporte in die CSSR. Die Warenstruktur der Importe aus der CSSR ist dagegen noch immer durch einen hohen Anteil von Energie (Kraftstoffe, Kohle: 16 vH) und Eisenwaren (knapp 20 vH) gekennzeichnet. Auf Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse entfallen nur gut 5 vH aller Importe.

Mit der CSSR konnte im Oktober 1987 ein Umweltabkommen vereinbart werden. Direkte Auswirkungen auf den Handel sind zwar daraus nicht abzuleiten; denn es sieht lediglich einen Informations- und Erfahrungsaustausch vor. Die Probleme der Luft- und Gewässerverschmutzung sind allerdings so groß, daß auf beiden

Seiten ein erhebliches Interesse an ihrer Lösung besteht. Luft- und Gewässerreinigung sind in der CSSR aber in erster Linie ein finanzielles Problem. Investitionen in diesen Bereich erhöhen nicht die Produktionskapazität; angesichts chronisch knapper Devisen fallen entsprechende Einfuhrwünsche daher nur allzu leicht dem Rotstift zum Opfer. Verhandelt wird allerdings über den Export von Anlagen zur Entschwefelung⁶. Auf Seiten der Bundesrepublik sollte ernsthaft geprüft werden, ob zinsgünstige Kredite — wie sie z.B. von der Kreditanstalt für Wiederaufbau vergeben werden — nicht von der CSSR für solche Käufe in Anspruch genommen werden könnten, denn schließlich tragen sie zu einer Verbesserung der Umweltsituation in der Bundesrepublik bei.

Der Handel mit *Polen* leidet seit Beginn des Jahrzehnts unter der Schuldenlast dieses Landes. 1987 gingen die Ausfuhren der Bundesrepublik um 2 vH und die Einfuhren um 5 vH zurück. Die Bilanz weist einen geringen Importüberschuß (0,1 Mrd. DM) aus. Die wichtigsten Waren, die derzeit in Polen gekauft werden, sind Bekleidung, Kohle und Kupfer; auf sie entfällt über ein Drittel aller Einfuhren. Allerdings ist die Einfuhrmenge an polnischer Steinkohle 1987 um 17 vH auf 2,2 Mill. t zurückgegangen; das entsprach aber noch immer rund einem Viertel der entsprechenden Gesamtimporte der Bundesrepublik.

Polen hat in den letzten Jahren eine Reihe von Veränderungen im Außenhandel verwirklicht, um die Betriebe zu einer Erhöhung der Exporte zu motivieren. So sind die Bedingungen für die Gewährung des Rechts zu eigenverantwortlichen Außenhandelsgeschäften erleichtert worden, und die Betriebe dürfen einen Teil ihrer Devisenerlöse eigenverantwortlich für Importe nutzen oder gegen Zloty versteigern. Diese Maßnahmen haben bisher freilich nicht zu Mehrverkäufen in der Bundesrepublik geführt. 1987 war der Absatz von polnischen Waren hier mit 2,5 Mrd. DM deutlich geringer als 1985 (3,1 Mrd. DM).

Die Bundesrepublik ist derzeit mit 2,7 Mrd. DM der größte Staatsgläubiger Polens. Wegen Zahlungsschwierigkeiten mußte im Frühjahr 1986 ein Hermes-Plafonds für die Bürgschaft von 100 Mill. DM wieder geschlossen werden. Damit bestehen für Polen kaum Möglichkeiten, von Banken in der Bundesrepublik neue Kredite zu bekommen. Vor allem von der Bereitschaft Polens, den Mitte der siebziger Jahre erhaltenen Milliardenkredit in die bilateralen Umschuldungsverhandlungen einzubeziehen, wird es abhängen, ob dieser Plafonds wieder eröffnet wird.

Rumäniens Westhandelspolitik wird derzeit von dem Ziel bestimmt, die Auslandsverschuldung bis 1990 vollständig abzubauen⁷. Rumänien — 1981 noch wie Polen

⁵ Vgl. Budapesters Rundschau. Nr. 42/1987.

⁶ Vgl. Handelsblatt vom 27. Januar 1988.

⁷ Vgl. Neuer Weg vom 5. März 1987.

Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus dem RGW (5)¹⁾ nach Warengruppen²⁾

Waren bzw. Warengruppen	Einfuhr 1987	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Einfuhr- struktur	Einfuhr- gewichte ³⁾
	Mill. DM		vH	
Insgesamt	8 524	- 410	100,0	2,1
darunter: ⁴⁾				
Ernährungsgüter	1 318	- 31	15,5	2,5
Rohstoffe	681	- 200	8,0	2,4
Halbwaren	1 615	- 91	18,9	3,2
Fertigwaren	4 703	- 118	55,2	1,7
davon:				
Vorerzeugnisse	1 131	- 241	13,3	1,9
Enderzeugnisse	3 572	123	41,9	1,7
Ausgewählte Untergruppen:⁵⁾				
Bekleidung	1 286	34	15,1	5,5
Holzwaren	819	34	9,6	9,8
Kraftstoffe, Schmieröle	484	- 125	5,7	2,4
Fleisch und Fleischwaren	445	34	5,2	8,0
Stab- und Formeisen, Blech und Draht aus Eisen	361	- 149	4,2	4,2
Obst/Gemüsekonserven, Südfrüchte	358	8	4,2	2,8
Chemische Vorerzeugnisse	344	- 42	4,0	1,4
Kohle	337	- 178	3,9	40,0
Lederwaren (einschl. Schuhe)	318	- 10	3,7	4,0
Maschinen	314	- 29	3,7	0,8
Kupfer, roh und legiert	300	24	3,5	15,1
Stahlröhren und sonstige Eisenwaren	275	16	3,2	3,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	230	15	2,7	0,6
Chemische Halbwaren	205	- 3	2,4	4,7
Glas und Glaswaren	163	9	1,9	6,3
Gewebe und Gewirke	151	- 20	1,8	1,8
Bettfedern	91	8	1,1	56,1
Aluminium, roh und legiert	81	21	0,9	3,5
Chemische Enderzeugnisse	78	6	0,9	0,4
Fische und Fischzubereitungen	78	2	0,9	4,0
Papier und Pappe	74	- 28	0,9	1,1
Ölfrüchte zur Ernährung	69	- 30	0,8	2,3
Halbwaren ⁶⁾	67	9	0,8	2,3
Teer- und Teerdestillationserzeugnisse	60	- 7	0,7	6,6
Steine und Erden	56	- 9	0,7	3,9
Enderzeugnisse ⁷⁾	48	0	0,6	1,1
Kautschukwaren	45	- 3	0,5	1,1
Kraftfahrzeuge	44	1	0,5	0,1
Holzmasse, Zellstoff	39	- 3	0,5	1,2
Rückwaren	205	30	2,4	2,5

1) Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn. — 2) Vorläufige Angaben. — 3) Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland. — 4) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. — 5) Die Warengruppen repräsentieren 87 vH der Gesamteinfuhren aus dem RGW (5). — 6) Ohne weitere Aufgliederung: Gruppe 638 der Systematik der gewerblichen Wirtschaft. — 7) Ohne weitere Aufgliederung: Gruppe 869 der Systematik der gewerblichen Wirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

faktisch zahlungsunfähig — hat seither eine radikale Austeritätspolitik betrieben. Bis Ende 1987 wurden die Netto-Schulden in konvertibler Währung von knapp 10 Mrd. US-Dollar (1981) auf knapp 5 Mrd. US-Dollar verringert⁸⁾. Als einziges RGW-Land konnte Rumänien auch in jüngster Zeit einen Abbau der Netto-Schulden verzeichnen.

Diese Politik hinterließ deutliche Spuren auch im Handel mit der Bundesrepublik. 1987 gingen die Ausfuhren nach Rumänien erneut kräftig zurück (-22 vH). Mit 0,6 Mrd. DM erreichten sie nur noch etwa ein Drittel

⁸⁾ Vgl. OECD (Hrsg.): Financial Market Trends. No. 39. February 1988, S. 24.

Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in den RGW (5)¹⁾ nach Warengruppen²⁾

Waren bzw. Warengruppen	Ausfuhr 1987	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Ausfuhr- struktur	Ausfuhr- gewichte ³⁾
	Mill. DM		vH	
Insgesamt	9 867	– 284	100,0	1,9
darunter: ⁴⁾				
Ernährungsgüter	451	– 60	4,6	1,7
Rohstoffe	137	– 21	1,4	2,1
Halbwaren	519	– 82	5,3	1,8
Fertigwaren	8 688	– 119	88,0	1,9
davon:				
Vorerzeugnisse	2 508	– 15	25,4	2,9
Enderzeugnisse	6 180	– 104	62,6	1,6
Ausgewählte Untergruppen:⁵⁾				
Maschinen	2 858	53	29,0	3,1
darunter:				
Werkzeugmaschinen einschl. Walzwerksanlagen	559	31	5,7	5,5
Chemische Vorerzeugnisse	1 307	30	13,3	3,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	993	– 172	10,1	1,7
Chemische Enderzeugnisse	766	– 20	7,8	2,4
Gewebe und Gewirke	586	22	5,9	6,0
Stahlröhren und sonstige Eisenwaren	305	– 122	3,1	1,7
Kraftfahrzeuge	299	– 46	3,0	0,3
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	269	32	2,7	2,4
Stab- und Formeisen, Blech und Draht aus Eisen	246	– 49	2,5	2,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	201	4	2,0	1,8
Enderzeugnisse ⁶⁾	174	17	1,8	1,8
Chemische Halbwaren	137	14	1,4	2,9
Kunstseide, synthetische Fäden	128	– 7	1,3	3,7
Bekleidung	106	4	1,1	1,2
Papier und Pappe	89	12	0,9	1,5
Metallstangen und -bleche	87	– 9	0,9	1,4
Kautschukwaren	84	– 15	0,8	1,8
Leder	75	– 4	0,8	8,6
Fischmehl	75	1	0,8	40,2
Mineralische Baustoffe	68	– 13	0,7	3,2
Waren aus unedlen Metallen	64	3	0,6	1,3
Spinnstoffwaren	62	6	0,6	3,3

1) Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn. — 2) Vorläufige Angaben. — 3) Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhren der Bundesrepublik Deutschland. — 4) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. — 5) Die Warengruppen repräsentieren 91 vH der Gesamtausfuhren in den RGW (5). — 6) Ohne weitere Aufgliederung: Gruppe 869 der Systematik der gewerblichen Wirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

des Wertes vom Jahre 1980. Betroffen von den erneuten Absatzeinbußen waren neben den Nahrungsgüterproduzenten vor allem die Exporteure von Vorprodukten, nicht jedoch die Maschinenbauindustrie. Diese hatte bereits in früheren Jahren beträchtliche Abstriche im Rumäniengeschäft hinnehmen müssen. 1987 betrug der Wert der Maschinenexporte nach Rumänien nur noch knapp 10 vH des vor neun Jahren erreichten Höchstwertes.

Deutlich gesunken sind 1987 auch die Einfuhren aus Rumänien (–14 vH). Vor allem Kraftstoffe (–55 vH) und Eisenwaren (–50 vH) wurden weniger gekauft. Trotz des Rückgangs der Einfuhren war die bilaterale Bilanz für die Bundesrepublik mit 0,8 Mrd. DM defizitär. Bemerkenswert ist auch, daß Rumäniens Anteil an den Importen der Bundesrepublik aus Osteuropa 1987 (17 vH) nicht wesentlich geringer war als 1980 (20 vH).

Bulgarien ist der kleinste Osthandelspartner der Bundesrepublik. Charakteristisch für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ist der hohe Exportüberschuß der Bundesrepublik. 1987 waren die Ausfuhren viermal so hoch wie die Einfuhren. Die Exporte gingen in diesem Jahr um 6 vH zurück, die Einfuhren um 12 vH. Besonders stark war der Rückgang bei den Investitionsgüterlieferungen der Bundesrepublik. Die Ausfuhren von Maschinen waren wertmäßig um 18 vH geringer, die von elektrotechnischen Erzeugnissen um 13 vH. Bulgariens Außenhandel weist traditionell einen relativ geringen Westhandelsanteil auf. Allerdings bemüht man sich derzeit um eine stärkere Öffnung, auch in Richtung Bundesrepublik. So wird mit drei Firmen über die Gründung von Joint Ventures verhandelt. Außerdem wurden zwei Sonderwirtschaftszonen geschaffen, in denen ausländische Unternehmen ihre Geschäfte zoll- und steuerfrei abwickeln können⁹. Den erhofften Zufluß an ausländischem Kapital und Know-how benötigt Bulgarien dringend, denn die Zunahme der Verschuldung — sie stieg gegenüber westlichen Banken von Ende 1985 bis Ende 1987 von 1,5 auf 4,6 Mrd. US-Dollar — dürfte den Westhandelsmöglichkeiten künftig engere Grenzen setzen.

Ausblick

Die Osthandelsverflechtung der Bundesrepublik hat 1987 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die Aussichten für eine Überwindung sind nicht günstig. Daß die Öl- und Erdgaspreise, sie sind der entscheidende Faktor im Handel mit der UdSSR, im Durchschnitt dieses Jahres höher sein werden als im Vorjahr, ist nicht zu erwarten. Auch bei den sonstigen Waren ist — zumindest kurzfristig — nicht mit einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu rechnen. Zwar ist der sowjetische Handlungsspielraum für kreditfinanzierte Importe noch groß; fraglich ist aber, ob die Wirtschaftsführung in der UdSSR ihn nutzen will.

Das Warenangebot der kleineren RGW-Länder läßt auch für 1988 keine nennenswerte Verstärkung ihrer Exportfähigkeit zu. Hinzu kommt, daß bei den traditionellen Exportprodukten der osteuropäischen Staaten (Nahrungsgüter, Bekleidung, Lederwaren, Glas und Keramik)

ein Teil der Importe noch immer durch mengenmäßige Beschränkungen oder Zölle begrenzt bzw. erschwert wird. So wird aus dem Außenhandelsministerium der CSSR geklagt, daß diese Quoten die Steigerung des Fertigwarenexports behinderten, auch wenn damit nur 7 vH der Positionen auf der Warenliste betroffen seien¹⁰. Ähnlich äußerte sich auch der ungarische Ministerpräsident: Fast die Hälfte der ungarischen Exporte in die Bundesrepublik würden durch künstliche Handelsbarrieren beeinträchtigt. 25 vH der Exporte seien von Zöllen, 18 vH von sog. Selbstbeschränkungsabkommen betroffen¹¹. Besteht der politische Wille zur Wiederbelebung des Handels, dann sollte mit dem Abbau dieser Barrieren fortgefahren werden.

In den meisten RGW-Staaten sind die Schwächen des Außenhandelssystems weitgehend erkannt worden. Organisatorische Veränderungen werden fast überall vorgenommen. Immer mehr Betriebe sollen künftig selbständig Außenhandel treiben. Diese Umstellungen sind mit Friktionen behaftet; häufig fehlt es an qualifiziertem Management. Um die chronische Exportschwäche ihrer Wirtschaft zu überwinden, sollten die RGW-Staaten deshalb künftig verstärkt Devisen in Humankapital investieren. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits getan worden. Vom Zentralkomitee der KPdSU wurde kürzlich der Beschluß gefaßt, Devisen für die Ausbildung von Fachkräften im Bereich der Außenhandelswerbung und des Marketings bereitzustellen¹². Ausbildungsbedarf als Folge der Wirtschaftsreformen besteht aber auch in anderen Bereichen, insbesondere fehlt es an Betriebswirten, Außenhandelsfachleuten und an qualifizierter Unternehmensberatung. Damit können sich neue Felder für Ost-West-Kooperationen im Dienstleistungsbereich ergeben. Zu denken ist an „Joint Ventures“ im Ausbildungssektor oder auch an ein entsprechendes Dienstleistungsangebot von Unternehmen im Westen.

⁹ Vgl. Der Tagesspiegel vom 15. März 1988.

¹⁰ Vgl. Zdenek Cerveny: Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der CSSR und der Bundesrepublik Deutschland. In: Ost-West-Commerz. Nr. 3/1986, S. 12.

¹¹ Vgl. Nachrichten für den Außenhandel vom 7. Oktober 1987.

¹² Vgl. Ekonomiceskaja Gazeta. Nr. 10/1988.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.
- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre.** Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen — Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze.** Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel.** Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980.** Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Bolik und Dieter Hölsken (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel) 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. 7. 1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1987/88. Bearbeitet von Kurt Geppert und Peter Ring. —

Osthandel verliert erneut an Bedeutung. Bearbeitet von Jochen Bethkenhagen. —

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —